

MANUEL AMMANN

Die versunkenen Kosten der Rettungspolitik



Die Europäische Zentralbank (EZB) werde «alles tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird ausreichen», sagte ihr Chef am Donnerstag. Sogleich sind die Börsen in Feststimmung ausgebrochen. Die deutlichen Worte lassen erwarten, dass die EZB die Marktteilnehmer um jeden Preis vor Turbulenzen wie Staatsbankrotten und Bankenpleiten schützen wird. Sogar die Gefährdung des Geldwertes wird dabei in Kauf genommen, denn für weitere Rettungsmassnahmen muss die EZB «Geld drucken», da die finanziellen Möglichkeiten der Eurostaaten erschöpft sind.

Warum die EZB zu solchem Tun bereit ist? Nicht zuletzt auch, um die eigene Haut zu retten. Sie hat sich unter anderem durch minderwertige Sicherheiten für Kredite an Banken und den direkten Ankauf von Staatsanleihen notleidender Länder hohe Risiken aufgeladen. Mit immer neuen und höheren Krediten will sie verhindern, nicht selbst durch Bankeninsolvenzen, Staatsbankrotte oder gar Austritte aus der Währungsunion in Not gebracht zu werden. Genauso geht es den Eurostaaten, welche die Risiken der Rettungspakete tragen. Spätestens nämlich, wenn die Kredite abgeschrieben werden müssten, würden die Kosten der Rettungspolitik und ihr Scheitern für jedermann sichtbar. Deshalb muss immer weiter gerettet werden.

Wir haben es hier mit dem in der Unternehmensführung bekannten Problem der «versunkenen Kosten» zu tun. Um die bisher getätigten Ausgaben nicht als verloren und das Projekt als Misserfolg einstufen zu müssen, wird weiter «investiert», auch wenn es aus aktueller Sicht sinnvoller wäre, das verlustbringende Projekt zu stoppen. Die bisherigen Kosten oder die bereits eingegangenen Risiken verleiten dazu, dass man dem «schlechten Geld gutes hinterherwirft», um das Projekt zu «retten». So wie ein süchtiger Spieler hofft, beim nächsten Spiel hätte er vielleicht doch Glück und könnte mit dem Gewinn die alten Verluste kompensieren. Dabei werden die Einsätze immer höher und der Schaden immer grösser. Mit ihrer Rettungspolitik haben sich die europäischen Staaten und die EZB in Sachzwänge begeben, die ständig höhere Einsätze erfordern. Schiller würde sagen: «Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären.»